

Inhalt

Vorwort XXIII

Einleitung

A. Beobachtungen im Schuldvertragsrecht

I.	Verdichtung der Regelung vertraglicher Rechtsbeziehungen	1
II.	Charakteristische Merkmale der Europäisierung	
1.	Allgemeines	2
2.	Punktuelle Entstehung	3
3.	Grundlegende inhaltliche Unterschiede	4
4.	Veränderlichkeit des Gemeinschaftsrechts	5
III.	Unpräzise Wahrnehmung der Europäisierung in Wissenschaft und Praxis	
1.	Einführung	6
2.	Defizite bei der Wahrnehmung europäischer Einflüsse	6
3.	Reaktion des Gesetzgebers	11

B. Ziele der Arbeit

I.	Arbeitsbereich	12
II.	Ansatz der Arbeit – Auslegung als Rahmen	13
III.	Strukturen im Verbrauchervertragsrecht	
1.	Bedeutung allgemeiner Rechtsgrundsätze für die Auslegung	14
2.	Prinzipiensuche auf drei Ebenen	14
3.	Strukturen im Verbrauchervertragsrecht der Gemeinschaft	15

I. Kapitel

Zum Verhältnis von Gemeinschaftsrecht und nationalem Recht: Kompetenzen, Konflikte, Diskussionsstand

A.	Fragestellung	17
B.	Kompetenz der Gemeinschaft zur Rechtssetzung im Bereich des Verbraucherschutzes	
I.	Allgemeines EG-Vertragsrecht	18
II.	Fehlende inhaltliche Vorgaben für das europäische Privatrecht	20
III.	Auswirkungen fehlender Kompetenz	22

IV.	Entwicklung der Rechtsangleichung auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes	23
V.	Heutige Kompetenzgrundlagen der Rechtsangleichung	
1.	Einführung	28
2.	Art. 153 EGV	28
3.	Art. 95 EGV	29
4.	Verhältnis der Kompetenzgrundlagen	30
VI.	Kompetenzschanke Subsidiaritätsprinzip	
1.	Umrisse	32
2.	Rechtsangleichung und Subsidiaritätsprinzip	33
a)	Rechtsangleichung als nicht ausschließliche Zuständigkeit	33
b)	Rechtsangleichung und Subsidiaritätsprinzip	34
c)	Konkrete Auswirkungen für das europäische Verbrauchervertragsrecht	36
3.	Mindeststandardgebot	
a)	Allgemeines	38
b)	Konflikt zwischen Mindeststandardprinzip und Binnenmarktverwirklichung	39
4.	Rechtsprechung des EuGH und Subsidiaritätsprinzip	40
 C. Formen der Rechtssetzung im Gemeinschaftsprivatrecht		
I.	Allgemeines	41
II.	Primäres Verbraucherschutzrecht	41
III.	Richtlinien	
1.	Rechtssetzung mittels Richtlinie	42
2.	Umfang der Umsetzungspflicht	43
3.	Zusammenfassung	46
4.	Folgen fehlerhafter Umsetzung	
a)	Unmittelbare Wirkung und Verbraucherschutzrecht	46
b)	Staatshaftungspflicht	48
c)	Vertragsverletzungsverfahren	49
d)	Zusammenfassung	49
IV.	Zu einer Gesamtkodifikation des europäischen Privatrechts	
1.	Vorüberlegungen	50
2.	Aktivitäten der Gemeinschaft	51
3.	Wissenschaftliche Vorarbeiten	53
4.	Abschließende Einschätzung	54
 D. Vorrang des Gemeinschaftsrechts		
I.	Allgemeines	55
II.	Grundgesetz und Gemeinschaftsrecht	
1.	Konfliktfelder	55

2. Vorrang des Gemeinschaftsrechts vor nationalem Verfassungsrecht	
a) Tatsächlicher Anwendungsvorrang	56
b) Keine nationale Grundrechtskontrolle umgesetzten Rechts	58
3. Privatautonomie als europäisches Grundrecht?	
a) Rechtsprechung des EuGH	58
b) Europäische Grundrechtscharta	59
4. Grenzen des Vorrangs	59
E. Die Wirkungsweise der Grundfreiheiten	
I. Vorüberlegungen zur Bedeutung der Grundfreiheiten für das Verbrauchervertragsrecht	
	60
II. Grundfreiheiten als Beschränkungsverbote	61
III. Warenverkehrsfreiheit und Privatrecht in der Rechtsprechung des EuGH	
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung bis zur Keck-Entscheidung	63
2. Weiterentwicklung dieses Ansatzes	64
IV. Meinungsstand	
1. Ausgangspunkt: Untragbarkeit einer umfassenden Grundfreiheitskontrolle für das Privatrecht	65
2. Versuche einer Eingrenzung des Wirkungsbereichs der Grundfreiheiten	
a) Begrenzung des Beschränkungsverbots auf zwingendes Recht	68
b) Begrenzung der Wirkung des Art. 28 EGV durch Anwendung von Rechtfertigungsgründen	71
c) Schwintowskis „Fundamentalkritik“	73
d) Speziell auf den Verbraucherschutz zugeschnittene Argumentation – Vorrang des Verbraucherschutzes vor den Grundfreiheiten	
	74
V. Eigener Ansatz	
1. Notwendigkeit spürbarer und unmittelbarer Beeinträchtigungen der Grundfreiheiten	75
2. Grundfreiheiten nicht als reine Deregulierungsgebote	76
3. Eingrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten durch Einbeziehung der Integrität der Privatrechtsordnung in eine umfassende Betrachtung	
	77
4. Grundfreiheiten und aufgrund des Mindeststandardgebots erlassene nationale Normen mit höherem Schutzstandard	
a) Problemaufriss	78
b) Meinungsstand	
aa) Strengeres Recht nur für rein nationale Sachverhalte	79
bb) Lösung über Art. 95 Abs. 3 EGV	79
cc) Rechtsprechung des EuGH	
	79

c) Lösungsansatz – Verhältnis von Subsidiaritätsprinzip und Grundfreiheiten	80
d) Verbraucherschutz als Rechtfertigungsgrund bei bestehender Richtlinie	80
5. Ergebnis	81
6. Mittelbare Drittewirkung von Grundfreiheiten über die Generalklauseln des nationalen Privatrechts, insbesondere § 307 BGB	82

2. Kapitel Reichweite europäischer Auslegung

A. Vorfragen

I. Auslegung als zentrales Element einer Europäisierung des geltenden Rechts	85
II. Begriffsklärung	86

B. Zur richtlinienkonformen Auslegung

I. Allgemeines	87
II. Richtlinienkonforme Auslegung als Gebot des Gemeinschaftsrechts	89
III. Unmittelbare Wirkung und richtlinienkonforme Auslegung	91
IV. Zeitlicher Beginn der richtlinienkonformen Auslegung	93
V. Ergebnis	93

C. Europäische Auslegung und Vorlagepflicht an den EuGH

I. Vorfrage: Welche Normen können oder müssen europäisch ausgelegt werden?	
1. Einleitung	94
2. Denkansatz	95
II. Die Stellung des EuGH	
1. Einführung	96
2. Das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 234 EGV	97
3. Umgang von Rechtsprechung und Schrifttum mit dem EuGH	
a) Verhalten des Schrifttums	98
b) Umgang der nationalen Gerichte mit dem EuGH	100
c) Fehlender Diskurs zwischen dem EuGH und der nationalen Rechtsprechung und Rechtswissenschaft	
aa) Urteile des EuGH	101
bb) Bedeutung der Vorlagefrage	103
cc) Vermeidung des Black-Box-Effekts	103
4. Bindungswirkung der Urteile des EuGH	
a) Bedeutung der Bindungswirkung für die Auslegung des Gemeinschaftsrechts	105

b)	Umfang der Bindungswirkung	106
c)	Ergebnis	109
III.	Kompetenz des EuGH	
1.	Einführung – Vielschichtigkeit der Fragestellung	109
2.	Allgemeine Ausnahmen von der Vorlagepflicht	
a)	Offensichtlichkeit des Auslegungsergebnisses	110
b)	Fehlende Entscheidungserheblichkeit	112
c)	Bedeutung der Ausnahmen für die Frage der europäischen Auslegung?	113
3.	Vorlagepflicht nach Art. 234 EGV	
a)	Einleitung	114
b)	Beschränkung auf Gemeinschaftsrecht	115
c)	Fälle überschießender Umsetzung	116
d)	Keine Vorlage bei Erweiterung des Verbraucherschutzes	117
e)	Ergebnis	119
D.	Zur Auslegung von Generalklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffen	
I.	Einführung	120
II.	Problematik der Generalklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffe	120
III.	Uneingeschränkte Vorlagepflicht auch bei Generalklauseln – die h.A.	122
IV.	Formale Gegenargumentation	
1.	Rechtstheoretische Argumentation	125
2.	Ausfüllung als Rechtsanwendung	127
V.	Argumentationen aus den Strukturprinzipien des Gemeinschaftsrechts heraus	
1.	Rechtsform der Richtlinie als offene Rechtssetzung	128
2.	Subsidiaritätsprinzip	129
3.	Funktion des EuGH als Wahrer der Rechtseinheit	130
4.	Flexible Abgrenzung	130
VI.	Zweckorientierte Argumentationsweisen	
1.	Keine Kompetenz des EuGH	130
2.	Zusammenwirken von EuGH und nationalen Gerichten	131
3.	Zweckorientiertes Zusammenwirken von EuGH und nationalen Gerichten	131
VII.	Stellungnahme	
1.	Vorüberlegungen	
a)	Notwendigkeit einer praxistauglichen Lösung	132
b)	Verhältnis von europäischem Maßstab von Treu und Glauben zu dispositivem nationalen Recht	133
2.	Rechtstheoretische Überlegungen	135

3.	Formale gemeinschaftsrechtliche Argumentation	
a)	Zur autonomen Auslegung	137
b)	Zu den gemeinschaftsrechtlichen Strukturen	138
c)	Antwort aus dem Regelungsumfang der konkreten Norm	
aa)	Begrenzter Maßstab von Treu und Glauben	140
bb)	Zuständigkeit für Einzelfallfragen	141
4.	Unbestimmte Rechtsbegriffe	145
5.	Ergebnis	145
VIII. Gesamtergebnis		
1.	Reichweite von gemeinschaftsrechtskonformer Auslegung und Vorlagepflicht	146
2.	Offene Fälle	146
E. Rechtsvereinheitlichung durch europäische Auslegung		
I.	Einleitung	147
II.	Bedeutung eines einheitlichen Privatrechts	
1.	Grundlegende Argumente	148
2.	Rechtsangleichung ohne Gesamtkodifikation	154
III.	Sonderform der Vereinheitlichung durch Auslegung: Historische Rechtsvergleichung	156
IV.	Ergebnis	157
F. Harmonisierung des nationalen Rechts durch interne Rechtsangleichung		
I.	Was ist mit Harmonisierung des nationalen Rechts und interner Rechtsangleichung gemeint?	159
II.	Verpflichtung zur internen Harmonisierung aus dem Verfassungsrecht heraus – Art. 3 GG	161
III.	Privatrechtliche Gründe für die interne Harmonisierung	
1.	Vorüberlegungen	162
2.	Die überschießende Umsetzung	163
3.	Fehlende gesetzgeberische Umsetzung	164
4.	Zusammenfassung	167
IV.	Gegenstück: Kompetenz des EuGH: Welche Rechtsfragen dürfen dem EuGH vorgelegt werden?	
1.	Fragestellung	168
2.	Rechtsprechung des EuGH	168
3.	Bedeutung für die Vorlage	171
4.	Bindungswirkung	172
5.	Das Problem des gesetzlichen Richters	172
E.	Ergebnis	173

3. Kapitel Zu den Auslegungsmethoden

A. Einleitung	175
B. Die Methoden des EuGH	
I. Allgemeines	176
II. Überblick über die vom EuGH verwendeten Auslegungsmethoden	177
1. Savignyscher Auslegungskanon	
a) Wortlaut	177
b) Systematische Auslegung	177
c) Teleologische Methode	
aa) Bedeutung der teleologischen Methode	178
bb) Effet utile	178
cc) Autonome Methode	179
2. Rechtsvergleichende Auslegung	180
III. Die richtlinienkonforme und die europäische Auslegung	182
C. Grundlegend andere methodische Modelle	
I. Die analoge Anwendung des Art. 36 EGBGB bei Franzen	183
II. International brauchbare Auslegung nationalen Rechts	184
D. Zu den Methoden der richterlichen Rechtsfortbildung	
I. Einordnung	185
II. Analogie	
1. Analogie als vom EuGH genutzte Methode	185
2. Prinzipiengeleitete Auslegung	187
3. Wertung	187
E. Wertende Zusammenfassung – Brauchbarkeit der Erkenntnisse für die Prinzipiensuche	188

4. Kapitel Konzepte und Prinzipien des deutschen und europäischen Verbrauchervertragsrechts

A. Rechtsprinzipien als unentbehrliche Bausteine der Rechtsordnung	
I. Gegenstand der Analyse	190
II. Grundsätze des europäischen Verbrauchervertragsrechts in der Wissenschaft	
1. Allgemeine Tendenzen	192
2. Grundmanns Beobachtungen	194

III.	Zum Verständnis des Rechtsprinzips	
1.	Zur „Suche“ nach Prinzipien	194
2.	Wirkungsweise von Rechtsprinzipien	197
3.	Notwendigkeit von Prinzipien	198
IV.	Notwendigkeit und Berechtigung zur Erfassung grundlegender Rechtsgedanken (Rechtsprinzipien) des europäischen Verbrauchervertragsrechts – Prinzipien in einem unfertigen Recht?	
1.	Rechtstheoretische Vorüberlegungen	199
2.	Inhaltliche Notwendigkeit	199
V.	Gerechtigkeit des Gemeinschaftsrechts	201
VI.	Rechtsprinzipien und Rechtspolitik	202
VII.	Veränderung der Systemgrundlagen	203
VIII.	Europäisierung und Rechtsprinzipien	
1.	Notwendigkeit europäischer Ausrichtung	203
2.	Verknüpfung europäischer mit nationalen Prinzipien	204
IX.	Materialisierung des Rechts und Rechtsprinzipien als gegenläufige Elemente?	204
X.	Quellen für die Suche nach Rechtsprinzipien und Systemgrundlagen	
1.	Allgemeines	205
2.	Bedeutung der Rechtsprechung des EuGH auf der Suche nach grundlegenden Inhalten bzw. einer Systematik im Verbrauchervertragsrecht	
a)	Einführung	206
b)	Positive Gesichtspunkte der Rechtsprechung des EuGH	
aa)	Allgemeine Rechtsgrundsätze in der Rechtsprechung des EuGH	206
bb)	Teleologische Auslegung von Richtlinien	207
c)	Defizite der Rechtsprechung des EuGH	
aa)	Allgemeines	207
bb)	Apodiktischer Urteilsstil	208
cc)	Einzelfallentscheidungen	208
3.	Gemeinschaftsrechtliche Quellen	
a)	Privatrechtliche Richtlinien	209
b)	Primäres EG-Vertragsrecht	210
4.	Nationale Rechtsordnungen als Quelle für Auslegungsinhalte	
a)	Geltendes deutsches Recht	210
b)	Rechtsvergleichende Betrachtung	211
5.	Internationale Regelwerke	
a)	UNIDROIT- und Lando-Grundregeln sowie weitere Normenkataloge	212

b) Stellung der Grundregeln des europäischen Vertragsrechts der Kommission für europäisches Vertragsrecht („Lando-Grundregeln“) und der Grundregeln der internationalen Handelsverträge (UNIDROIT-Grundregeln)	
aa) Nur beschreibender oder auch vorschreibender Charakter?	213
bb) Formale Geltung	214
cc) Inhaltliche Geltung/Postpositivismus	
(1) Geltung von Prinzipien	214
(2) Ersatz für echte Rechtsvergleichung	216
(3) Postpositivismus	216
(4) Kein Verbrauchervertragsrecht	217
c) CISG	217
6. Ergebnis: Lückenhaftigkeit des europäischen Verbrauchervertragsrechts	218
B. Verbraucherschutz und Marktfreiheit	
I. Einführung – Denkansatz	219
II. Binnenmarkt als Grundlage der Europäischen Gemeinschaft	
1. Wirtschaftspolitische Vorgaben	220
2. Rechtsangleichung und Verbraucherschutz	222
3. Marktfreiheit als grundlegendes Ziel auch des Verbrauchervertragsrechts	
a) Äußere Verknüpfung	223
b) Innerer Gleichlauf	223
c) Verbrauchervertragsrecht als Element der Verbesserung der Marktfreiheit	224
4. Verbrauchertrauen als Bindeglied zwischen Verbrauchervertragsrecht und Binnenmarktverwirklichung	226
5. Kritik	
a) Wirtschaftspolitische Kritik	227
b) Kritik an der tatsächlichen Durchführung	229
6. Konsequenzen für die Auslegung	230
7. Abschließende Bewertung	230
III. Der Marktgedanke im nationalen Recht	231
1. Die herkömmliche Bedeutung des Markts im Bereich des Vertragsrechts	231
2. Verbraucherschutz und Marktfreiheit als kontroverse Thematik	233
IV. Gesamtergebnis: Individuell ausgerichteter Verbraucherschutz im nationalen Recht, marktorientierter Verbraucherschutz im Gemeinschaftsrecht	238

C. Verbraucherschutzkonzepte im deutschen und europäischen Recht	
I. Einführung	238
II. An der individuellen Unterlegenheit eines Vertragspartners ausgerichtetes deutsches Modell	
1. Liberalität des BGB und Tradition des Schwächerenschutzes	240
2. Entwicklung eines Verbraucherschutzrechts in Deutschland	
a) Beginn der Verbraucherschutzdebatte	241
b) Heutige Einschätzung des Gesetzgebers	244
c) Zusammenfassung	245
4. Grundlagen des Verbraucherschutzkonzepts in Deutschland	
a) Legitimierungsbedarf	246
b) Rollenspezifischer Ansatz	247
c) Sonderrechtsdiskussion	248
d) Verbraucherschutz als typisierter Schwächerenschutz	250
4. Zum Leitbild des Verbrauchers im deutschen Verbraucherschutzrecht	
a) Verbraucherbegriff	257
b) Einführung: Verbraucherleitbild und Unterlegenenschutz	
aa) Funktion des Verbraucherleitbilds	258
bb) Unterlegenenschutz und Verbraucherleitbild	258
c) Entstehung des Verbraucherleitbilds in Deutschland – Grundlagen	
aa) Schlagwort vom dümmsten Verbraucher	259
bb) Entwicklung des Verbraucherleitbilds im BGB	259
d) Verbraucherleitbild im geltenden deutschen Recht	261
e) Ergebnis	
aa) Keine rein personale Typisierung	264
bb) Geringe Akzeptanz in der Wissenschaft	264
III. Europäisches Verbrauchervertragsrecht und Verbrauchertrauen	
1. Einführung	265
2. Vertrauensmodell mit zwei Ebenen	
a) Erste Ebene: Vertrauen durch Information	266
aa) Information als primäres Instrument zur Stärkung des Verbrauchers	266
bb) Grenzen der Reichweite von Verbraucherinformation	269
b) Zweite Ebene: Vertrauen durch zwingendes Recht	
aa) Vorüberlegungen	270
bb) Schutzelemente in den Richtlinien	271
cc) Schutzelemente und Vertrauensaufbau	273
dd) Zwingendes Verbrauchervertragsrecht und soziale Schutzgedanken	275
3. Zwingendes Recht außerhalb des Vertrauensmodells	278
4. Zwischenergebnis: Verzicht auf dogmatische Legitimation	280

5.	Das europäische Leitbild des Verbrauchers	
a)	Gibt es ein einheitliches gemeinschaftsrechtliches Verbraucherleitbild?	281
b)	Das Verbraucherleitbild der Richtlinien des Verbrauchervertragsrechts	284
aa)	Allgemeines	284
bb)	Mischung aus situativen und personenimmanennten Elementen in den Richtlinien	285
cc)	Verbraucher als Inhaber diffuser Interessen	287
dd)	Teichmanns Wohlstandsbürger	288
ee)	Eigene Ansicht	288
6.	Ergebnis: Verbraucherschutzrecht als Instrument zur Ausgestaltung des Wohlstandsmarkts	289
IV.	Gesamtergebnis	
1.	Anderer Ansatz von Gemeinschaftsrecht und deutschem Recht	290
2.	Gegenwärtiger deutscher Rechtszustand: Verbraucherschutz als Schutz des strukturell Schwächeren und als Marktkonzept	
a)	Überlagerung	291
b)	Keine Entbehrlichkeit dogmatischer Rechtfertigung	292
c)	Schwächerenschutz	293
 D. Vertragsfreiheit und Verbraucherschutz		
I.	Vertragsfreiheit des Verbrauchers als Leitprinzip des deutschen Verbraucherschutzrechts	
1.	Privatautonomie als Grundlage des deutschen Privatrechts	295
2.	Zur Verknüpfung von Verbraucherschutz und Vertragsfreiheit	
a)	Eckpunkte der begleitenden Diskussion	297
b)	Heutige Rechtslage	299
3.	Das Verhältnis von Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	
a)	Schlüssel zu einem Verständnis	300
b)	Anfänge der Diskussion in der Nachkriegszeit	300
c)	Primat der Vertragsfreiheit in der Krise?	303
d)	Gegenwärtiger Wissensstand	306
e)	Formale Vertragsfreiheit, materiale Vertragsfreiheit und Ungleichgewichtslage	
aa)	Formale und materiale Vertragsfreiheit	307
bb)	Materiale Vertragsfreiheit und Ungleichgewichtslage	310
f)	Zusammenfassung des heutigen Meinungsstands	
aa)	Einklang von Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	311
bb)	Wiederherstellung von materialer Vertragsfreiheit	314
4.	Verbraucherschutzgesetze und materiale Vertragsfreiheit	
a)	Verbraucherschutz und allgemeiner Schwächerenschutz	315
b)	Verbraucherschutzgesetze und materiale Vertragsfreiheit	316

5. Ergebnis	
a) Verbraucherschutz für Selbstbestimmung	317
b) Schlussfolgerungen für die Europäisierung des Verbraucherschutzrechts	317
II. Vertragsfreiheit im europäischen Verbrauchervertragsrecht	
1. Einleitung	318
2. Binnenmarktorientierung der Privatautonomie	325
3. Schlussfolgerung	326
4. Privatautonomie und Vertragsfreiheit in den anderen Rechtsquellen	
a) Andere europäische Kodifikationen	326
b) Lando- und UNIDROIT-Grundregeln	327
c) Entwurf eines Europäischen Vertragsgesetzbuchs der Akademie Europäischer Privatrechtswissenschaftler	328
d) Beurteilung	328
5. Ergebnis	329
III. Marktorientierte Vertragsabschlussfreiheit im Gemeinschaftsrecht versus materiale Selbstbestimmung im nationalen Recht	
1. Vertragsfreiheit als Marktbaustein	329
2. Ignoranz gegenüber der individuellen formalen Vertragsfreiheit im europäischen Verbrauchervertragsrecht	330
3. Vertragsfreiheit, Verbrauchervertrauen und soziale Schutzgedanken	330
E. Vertrauen, „legitime Erwartungen“ und Verbraucherschutz	
I. Die legitimen Erwartungen als Leitprinzip des europäischen Verbrauchervertragsrechts	
1. Einführung	331
2. Aspekte legitimer Erwartungen	
a) Abstrakte und konkrete Erwartungen	332
b) Objektivierendes Element	333
3. Ablesbarkeit des Prinzips der „legitimen Erwartungen“ im Verbrauchervertragsrecht	
a) Trennung der Aspekte	333
b) Legitime Erwartungen, Rechtsangleichung und hohes Verbraucherschutzniveau	334
c) Die legitimen Erwartungen und Inhalte des Vertragsrechts	334
4. Zwischenergebnis	336
II. Vertrauensgrundsatz im nationalen Recht	
1. Grundlegende Ähnlichkeit	337
2. Vertrauensgrundsatz und Verbraucherposition im BGB	337

III.	Verhältnis des nationalen Vertrauensgrundsatzes zum europäischen Grundsatz legitimer Erwartungen	
1.	Vorüberlegungen	338
2.	Vertrauenschutz und Interessenabwägung	
a)	Vertrauenschutz und Interessenabwägung im nationalen Recht	339
b)	Legitime Erwartungen des europäischen Verbraucher- vertragsrechts als in der Anlage einseitiger Maßstab	341
c)	Zwischenergebnis	342
3.	Vertrauenschutz und Vertragsausgestaltungsfreiheit – Kollektive Erwartungen oder individuelle Selbstbestimmung	342
4.	Vertrauenschutz und Treu und Glauben	
a)	Vorüberlegungen	343
b)	Treu und Glauben, Vertrauensgrundsatz und legitime Erwartungen	
aa)	Treu und Glauben im nationalen Recht	343
bb)	Treu und Glauben im Gemeinschaftsrecht	345
cc)	Zwischenergebnis	346
c)	Billigkeit nach § 138 BGB, Vertrauensgrundsatz und legitime Erwartungen	346
5.	Ergebnis: Legitime Erwartungen des Verbrauchers als spezifisch europäischer Rechtsgrundsatz	346
IV.	Verhältnis des Grundsatzes legitimer Erwartungen zu den nationalen Grundsätzen der Vertragsfreiheit und der Interessenabwägung	
1.	Vorrang der legitimen Erwartungen	347
2.	Interne Harmonisierung?	349
V.	Verdichtung des Rechts durch legitime Erwartungen	
1.	Materialisierung des Privatrechts	350
2.	Legitime Erwartungen und Verdichtung des Privatrechts	350
3.	Ein Sonderfall: Vertrauenschutz, legitime Erwartungen und Verdichtung im internationalen Privatrecht – ein Abschied von der Politik des allseitigen Kollisionsrechts?	
a)	Einführung	351
b)	Parteiautonomie und international zwingendes europäisches Privatrecht	352
c)	Verbraucherschutzrecht als zwingendes Recht nach Art. 34 EGBGB oder als Teil des ordre public	353
d)	Beurteilung	
aa)	Grundlagen des ordre public	354
bb)	Europäische Entwicklung	355
cc)	Abschließende Beurteilung	355

F. Die Lehre von der vertraglichen Solidarität	
I. Inhalte der Lehre von der vertraglichen Solidarität	357
II. Vertragliche Solidarität im europäischen Verbrauchervertragsrecht	
1. Fehlende Verankerung im europäischen Verbrauchervertragsrecht	359
2. Solidarität in den Lando-Grundregeln	360
3. Zwischenergebnis	361
4. Parallelle Ansätze in der früheren Literatur und im nationalen Recht	
a) Vergleichbare Denkansätze	361
b) § 242 BGB	362
c) Zusammenfassung	362
5. Beeinträchtigung der Rechtssicherheit	362
6. Solidarität als privatautonome Handlungsform	363
7. Verletzung der Pflicht zur vertraglichen Solidarität als Legitimierung für Eingriffe in die Vertragsfreiheit?	364
8. Ergebnis	365
G. Weitere Prinzipien des Verbrauchervertragsrechts	
I. Einführung	365
II. Informationsprinzip	
1. Einführung	366
2. Vorteile und Grenzen der Verbraucherinformation	
a) Vorteil des Informationsprinzips: Konsensfähigkeit	366
b) Nachteil des Informationsprinzips: Beschränkte Reichweite	367
c) Fragestellung	367
3. Transparenz als Prinzip des Verbrauchervertragsrechts	368
4. Informationsmodell kontra Konsensprinzip?	
a) Formbindung und Widerrufsrecht	369
b) Verhältnis von Informationsprinzip und Konsensprinzip	369
5. Vorrang der Information vor anderen Schutzinstrumenten	370
6. Ergebnis	371
III. Kompetitives Vertragsrecht anstelle von <i>pacta sunt servanda</i> ?	
1. Abschwächung der Bindungswirkung von Verträgen als allgemein erkennbare Tendenz	
a) Bedeutung	372
b) <i>Pacta sunt servanda</i> als unabänderliches Rechtsprinzip?	
aa) <i>Pacta sunt servanda</i> als Element des Naturrechts?	373
bb) <i>Pacta sunt servanda</i> unter „maastricht-festem“ Verfassungsschutz?	
c) <i>Pacta sunt servanda</i> als notwendige Ergänzung der Vertragsfreiheit	374
d) Ein Beispiel: Einschränkung der Bindungswirkung in der Fernabsatzrichtlinie	
	375

2. Stärkung des Wettbewerbs durch Schwächung der Bindungswirkung?	376
a) Micklitz' These	376
b) Fortführung des Beispiels Fernabsatzgeschäft	377
c) Bewertung	377
3. Nationales und europäisches Recht	378
4. Zusammenfassung	379
H. Allgemeine Grundsätze des Rechts	
I. Allgemeines	380
II. Gesundheitsschutz	381
III. Weitere Beispiele	381
I. Systemfremde Elemente im Vertragsrecht	
I. Ethische Elemente im Vertragsrecht	
1. Verdichtung des Rechts und Moralisierung des Rechts	382
2. Anzeichen im Verbrauchervertragsrecht	384
3. Bewertung: Verrechtlichung von Anstand und Freiheitsverlust	386
II. Verschiebung der Grenze zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht	388
J. Zusammenfassung	
I. Grundlagen des nationalen Verbraucherschutzrechts	390
II. Grundlagen des gemeinschaftsrechtlichen Verbrauchervertragsrechts	391
III. Veränderung des deutschen Privatrechts durch die Europäisierung	391
5. Kapitel	
Beispiele für die Auswirkungen der beobachteten Veränderungen im Bereich der Rechtsprinzipien auf einzelne Rechtsfragen	
A. Reichweite der Widerrufsrechte	
I. Einführung	
1. Zum Zweck des Widerrufsrechts	394
2. Schuldrechtsreform und Widerrufsrecht	
a) Veränderungen	396
b) Einfluss auf die Analogiefähigkeit	397
II. Anwendung des Widerrufsrechts aus § 312 BGB und § 495 BGB auf die Bürgschaft	
1. Allgemeine Bedeutung der Problematik	398
2. Anwendbarkeit des § 312 BGB sowie der Haustürwiderrufsrichtlinie auf die Bürgschaft	
a) Meinungsstand in Schrifttum und nationaler Rechtsprechung	399

b)	Argumentation aus dem nationalen Recht heraus	
aa)	Formale Betrachtung: Was sind entgeltliche Geschäfte?	399
bb)	Zweckorientierte Betrachtung: In Aussicht Stellen einer Gegenleistung als Verstärkung der Überrumpelung?	
(1)	Notwendigkeit von Überrumplungsschutz?	400
(2)	Bedeutungslosigkeit der Entgeltlichkeit	401
c)	Argumentation unter Einbeziehung der Haustürwiderrufsrichtlinie	
aa)	Allgemeines	402
bb)	Rechtsprechung des EuGH und ihre Kritik – die Entscheidung Dietzinger	403
cc)	Nachfolgende Entscheidungen des BGH	404
dd)	Kritik an der Entscheidung Dietzinger	405
d)	Reichweite der Richtlinie	
aa)	Konkrete Hinweise in der Richtlinie	406
bb)	Entsprechende Anwendung wegen des erhöhten Schutzbedürfnisses	406
cc)	Allgemeine Prinzipien des europäischen Verbrauchervertragsrechts	407
e)	Rechtsgrundsätze des nationalen Rechts	
aa)	Vorüberlegungen	408
bb)	Verbraucherschutz und insbesondere das verbraucherschützende Widerrufsrecht nicht als allgemeiner Rechtsgrundsatz	409
cc)	Typisches Element: Geschäftsschluss an der Haustür	410
dd)	Ergebnis: Einbeziehung der Bürgschaft als Gebot nationalen Rechts	411
f)	Vereinbarkeit des höheren nationalen Schutzstandards mit den Grundfreiheiten	411
3.	Die Anwendung der §§ 491 ff. BGB auf die Bürgschaft	
a)	Unterschiede zum Haustürwiderrufsrecht	413
b)	Rechtsprechung des EuGH – die Entscheidung Berliner Kindl	413
c)	Meinungsstand in der deutschen Rechtsprechung und im Schrifttum	
aa)	Keine Anwendbarkeit des VerbrKrG auf die Bürgschaft	
(1)	Entscheidung des BGH: Übertragung des Urteils Dietzinger	414
(2)	Bürgschaft als planmäßige Regelungslücke	415
bb)	Analoge Anwendbarkeit der §§ 491 ff. BGB auf die Bürgschaft	415
d)	Lösung unter Beachtung der allgemeinen Rechtsgrundsätze	
aa)	Keine Bindung an die Entscheidungen Dietzinger oder Berliner Kindl	416

bb) Inhaltliche Grundsätze	
(1) Recht des Verbrauchers auf Information	417
(2) Schutz des Schwächeren	418
4. Gesamtergebnis	
a) Die Richtlinien	418
b) Das nationale Recht	418
III. Einige weitere Beispiele	
1. Anlageberater	419
2. Die Kostenersatzpflicht bei Widerruf nach § 357 Abs. 3 BGB	420
3. Sechsmonatige Widerrufsfrist des § 355 Abs. 3 BGB	421
B. Klauselkontrolle nach §§ 305 ff. BGB (AGB-Gesetz)	
I. Einführung	422
1. Grundgedanken der AGB-Kontrolle im nationalen Recht	422
2. Grundgedanken der AGB-Kontrolle nach europäischem Recht	
a) Allgemeines	422
b) Kontrolle transparenter Klauseln	424
3. Einfallstor für die gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung: § 307 BGB (§ 9 AGBG)	426
II. Die Vereinbarung von Abschlagszahlungen im Bauträgervertrag	
1. Vorbemerkung	427
2. Die Anwendbarkeit der §§ 305 ff. BGB (AGBG) auf notarielle Verträge	
a) Vorgeschichte	428
b) Diskussion nach Umsetzung der Richtlinie	429
c) Europäische Auslegung	430
3. Inhaltskontrolle der Abschlagszahlung in der MaBV	
a) Allgemeines	432
b) Inhaltskontrolle	
aa) Vorüberlegungen	433
bb) Klauselkatalog im Anhang	434
cc) Allgemeiner Maßstab von Treu und Glauben	434
c) Sperrwirkung des Art. 244 EGBGB	437
III. Einige Überlegungen zu den Rechtsfolgen der Transparenzkontrolle von Hauptleistungspflichten	
1. Vorüberlegungen	438
2. Rechtsfolgen der Transparenzkontrolle von Hauptleistungspflichten	
a) Bisherige Rechtsprechung	438
b) Der Richtlinie entsprechende Vorgehensweise	439
IV. Zusammenfassung	441

C. Schuldrechtsmodernisierung und Richtlinie zum Verbrauchsgüterkauf	
I. Allgemeines	441
II. Verbrauchererwartungen im neuen Kaufrecht	
1. Erkennbarkeit des Grundsatzes	442
2. Legitime Erwartungen und Fehlerbegriff	
a) Zum Fehlerbegriff	443
b) Erhöhte Bedeutung des Fehlerbegriffs	444
III. „Vernünftige“ Erwartungen des Käufers und Mängelhaftung	
1. Allgemeines	445
2. Die vernünftigen Erwartungen des Käufers als Kriterium des Fehlerbegriffs	446
3. Der Ausschluss der Gewährleistung nach Art. 2 Abs. 3, 2. Alt. Verbrauchsgüterkaufrichtlinie und § 442 BGB	447
IV. Schlussbemerkung	449

Ergebnisse der Arbeit und Ausblick

A. Zum Umfang des Einflusses des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Verbraucherschutzrecht	452
B. Zu den Inhalten des europäischen Verbrauchervertragsrechts	453
C. Inhalte des geltenden europäisierten deutschen Verbrauchervertragsrechts	453
D. Ausblick und Bewertung	454
 Literatur	455
 Sachregister	491